

Jugendgewalt: Politiker überbieten sich mit neuen Vorschlägen
"Deutschland wird in der U-Bahn verteidigt"

Bayerischer Ex-Minister Gauweiler kritisiert: Terror wird wichtiger genommen als Jugendgewalt

Berlin - Es vergeht kein Tag, an dem nicht neue Vorschläge die Debatte über den Umgang mit der Jugendkriminalität anheizen. Die neueste Idee stammt vom CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler. Der "Bild"-Zeitung sagte er: Angesichts der "zahllosen Verletzten, Beleidigten und sogar zu Tode Gekommenen" sei das, was Staat, Justiz und Polizei dagegen täten, "geradezu läppisch im Vergleich zu den riesigen justiziellen, polizeilichen und militärischen Anstrengungen in Sachen Terrorismus am Hindukusch oder sonst wo". Gauweiler verlangte, ab sofort in jedem S-Bahn-Waggon einen Wachmann mitfahren zu lassen. Dies könne durch einen "Sicherheitsaufschlag" auf jeden Fahrschein von zehn Cent finanziert werden. "Deutschland wird in der Münchner U-Bahn verteidigt, am Bahnhof Zoo in Berlin und in der Frankfurter Innenstadt." Zum Problem krimineller ausländischer Jugendlicher meinte Gauweiler, es werde "zu wenig abgeschoben und zu viel undifferenziert hereingelassen". Die CSU forderte derweil die Einrichtung geschlossener Erziehungsheime für kriminelle Jugendliche und

eine erleichterte Abschiebung junger ausländischer Straftäter.

CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer sagte, Angriffe auf Rentner seien so verwerflich wie fremdenfeindliche Angriffe: "Es muss auch hier zu einem Aufstand der Anständigen kommen." Der CSU-Vorsitzende Erwin Huber warnte die SPD vor einer Blockade schärferer Strafen. Die jüngsten Gewalttaten führten jedem vor Augen, "dass der geltende Gesetzesrahmen nicht ausreicht", sagte Huber zum Auftakt der CSU-Landesgruppenklausur in Wildbad Kreuth.

Dagegen betonte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), entgegen der "gefühlten" Zunahme der Jugendkriminalität seien die objektiven Zahlen seit Jahren eher rückläufig. Derzeit werde jedoch jede Tat bundesweit aufgebauscht. Die Unionsforderung nach schärferen Strafen für junge Kriminelle wies sie scharf zurück. Seit Jahren lehnten Fachleute dies als nutzlos ab, und deshalb habe die Politik es auch nicht umgesetzt, sagte die SPD-Politikerin in der ARD. Zypries sprach sich wie andere SPD-Po-

litiker für schnelle Gerichtsverhandlungen und einen zügigen Strafantritt aus. Das Prinzip "Die Strafe muss auf dem Fuße folgen" sei gerade bei Jugendlichen besonders wichtig. Im Übrigen gelte es, ausländische Jugendliche besser zu integrieren und auszubilden. Mit einem Warnschussarrest von drei Tagen, der auch nach geltendem Recht möglich sei, lasse sich keine kriminelle Karriere verhindern. Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (SPD) stützte in der ARD-Sendung "Anne Will" Zypries' Forderung nach einer höheren Verurteilungsgeschwindigkeit. In einigen Ländern gebe es hier Defizite durch den Abbau von Polizei- und Richterstellen.

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck warf der Union am Rande der SPD-Vorstandsklausur in Hannover "Rechtspopulismus" vor. "Das, was gerade geschieht, ist Rechtspopulismus und hat mit der Mitte nichts mehr zu tun", sagte Beck. Der SPD-Vorstand verabschiedete zudem einen Beschluss, in dem schnellere Gerichtsverfahren bei Gewaltdelikten verlangt werden. DW